

252 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen des Nationalrates XIX. GP

Ausgedruckt am 7. 7. 1995

Regierungsvorlage

A B K O M M E N

zwischen der Republik Österreich und der Sozialistischen Republik Vietnam über die Förderung und den Schutz von Investitionen samt Protokoll

DIE REPUBLIK ÖSTERREICH UND DIE SOZIALISTISCHE REPUBLIK VIETNAM,

im folgenden die „Vertragsparteien“ genannt,

VON DEM WUNSCH GELEITET, günstige Voraussetzungen für eine größere wirtschaftliche Zusammenarbeit zwischen den Vertragsparteien zu schaffen;

IN DER ERKENNTNIS, daß die Förderung und der Schutz von Investitionen die Bereitschaft zur Vornahme solcher Investitionen stärken und dadurch einen wichtigen Beitrag zur Entwicklung der Wirtschaftsbeziehungen zwischen den Vertragsparteien leisten können,

SIND WIE FOLGT ÜBEREINGEKOMMEN:

Artikel 1

Definitionen

Für die Zwecke dieses Abkommens

(1) umfaßt der Begriff „Investition“ alle Vermögenswerte, und insbesondere, aber nicht ausschließlich:

- a) Eigentum an beweglichen und unbeweglichen Sachen sowie sonstige dingliche Rechte, wie Hypotheken, Zurückbehaltungsrechte, Pfandrechte, Nutzungsrechte und ähnliche Rechte;
- b) Anteilsrechte und andere Arten von Beteiligungen an Unternehmen;
- c) Ansprüche auf Geld, das übergeben wurde, um einen wirtschaftlichen Wert zu schaffen, oder Ansprüche auf eine Leistung, die einen wirtschaftlichen Wert hat;
- d) Urheberrechte, gewerbliche Schutzrechte, wie Erfinderpatente, Handelsmarken, Geschmacks- und Gebrauchsmuster sowie technische Verfahren, Know-how, Handelsnamen und Goodwill;
- e) öffentlich-rechtliche Konzessionen für die Aufsuchung oder die Gewinnung von Naturschätzen;

(2) bezeichnet der Begriff „Investor“

in bezug auf die Republik Österreich

- a) jede natürliche Person, die Staatsangehöriger der Republik Österreich ist und im Hoheitsgebiet der anderen Vertragspartei eine Investition tätigt;
- b) jede juristische Person oder Personengesellschaft, die in Übereinstimmung mit den Rechtsvorschriften der Republik Österreich geschaffen wurde, ihren Sitz im Hoheitsgebiet der Republik Österreich hat und im Hoheitsgebiet der anderen Vertragspartei eine Investition tätigt;
- c) jede juristische Person oder Personengesellschaft, die in Übereinstimmung mit den Rechtsvorschriften einer der Vertragsparteien oder eines dritten Staates geschaffen wurde und in der ein unter a) oder b) genannter Investor einen maßgeblichen Einfluß ausübt;

in bezug auf die Sozialistische Republik Vietnam

- a) jede natürliche Person, die im Sinne der Gesetzgebung der Sozialistischen Republik Vietnam Staatsangehöriger der Sozialistischen Republik Vietnam ist;
- b) jede juristische Person, einschließlich Gesellschaften, Firmen und Vereinigungen, die in Übereinstimmung mit den Rechtsvorschriften der Sozialistischen Republik Vietnam eingetragen oder geschaffen wurden und ihren Sitz im Hoheitsgebiet der Sozialistischen Republik Vietnam hat;

(3) bezeichnet der Begriff „Erträge“ diejenigen Beträge, die eine Investition erbringt, und insbesondere, aber nicht ausschließlich, Gewinne, Zinsen, Kapitalzuwächse, Dividenden, Tantiemen, Lizenzgebühren und andere Entgelte;

(4) umfaßt der Begriff „Enteignung“ auch die Verstaatlichung oder jede sonstige Maßnahme mit gleicher Wirkung.

Artikel 2

Förderung und Schutz der Investitionen

(1) Jede Vertragspartei fördert nach Möglichkeit in ihrem Hoheitsgebiet die Investitionen der Investoren der anderen Vertragspartei, läßt diese Investitionen in Übereinstimmung mit ihren Rechtsvorschriften zu und behandelt solche Investitionen in jedem Fall gerecht und billig.

(2) Investitionen gemäß Artikel 1 Absatz 1 und ihre Erträge genießen den vollen Schutz dieses Abkommens. Gleiches gilt, unbeschadet der Bestimmungen des Absatzes 1, im Falle einer Wiederveranlagung solcher Erträge auch für deren Erträge und auch die rechtliche Erweiterung, Veränderung oder Umwandlung einer Investition.

Artikel 3

Behandlung von Investitionen

(1) Jede Vertragspartei behandelt Investoren der anderen Vertragspartei und deren Investitionen nicht weniger günstig als Investoren eines dritten Staates und deren Investitionen.

(2) Die Bestimmungen gemäß Absatz 1 können nicht dahin gehend ausgelegt werden, daß sie eine Vertragspartei verpflichten, den Investoren der anderen Vertragspartei und deren Investitionen den gegenwärtigen oder künftigen Vorteil einer Behandlung, einer Präferenz oder eines Privileges einzuräumen, welcher sich ergibt aus

- a) einer Zollunion, einem gemeinsamen Markt, einer Freihandelszone oder der Zugehörigkeit zu einer Wirtschaftsgemeinschaft;
- b) einem internationalen Abkommen, einer zwischenstaatlichen Vereinbarung oder innerstaatlichen Rechtsvorschrift über Steuerfragen;
- c) einer Regelung zur Erleichterung des Grenzverkehrs;
- d) einer Inländergleichbehandlung, die auf Grund eines bilateralen Investitionsschutzabkommens einem dritten Staat gewährt wurde.

Artikel 4

Entschädigung

(1) Investitionen von Investoren einer Vertragspartei dürfen im Hoheitsgebiet der anderen Vertragspartei nur im öffentlichen Interesse, auf Grund eines rechtmäßigen Verfahrens und gegen Entschädigung enteignet werden. Die Entschädigung muß dem Wert der Investition unmittelbar vor dem Zeitpunkt entsprechen, in dem die tatsächliche oder drohende Enteignung öffentlich bekannt wurde. Die Entschädigung muß ohne ungebührliche Verzögerung geleistet werden und ist bis zum Zeitpunkt der Zahlung mit dem üblichen bankmäßigen Zinssatz jenes Staates, in dessen Hoheitsgebiet die Investition durchgeführt wurde, zu verzinsen; sie muß in frei konvertierbarer Währung erfolgen und frei transferierbar sein. Spätestens im Zeitpunkt der Enteignung muß in geeigneter Weise für die Festsetzung der Leistung der Entschädigung Vorsorge getroffen sein.

(2) Enteignet eine Vertragspartei die Vermögenswerte einer Gesellschaft, die in Anwendung von Artikel 1 Absatz 2 dieses Abkommens als eine Gesellschaft dieser Vertragspartei anzusehen ist, und an welcher ein Investor der anderen Vertragspartei Anteilsrechte besitzt, so wendet sie die Bestimmungen des Absatzes 1 dergestalt an, daß die angemessene Entschädigung dieses Investors sichergestellt wird.

252 der Beilagen

3

(3) Dem Investor steht das Recht zu, die Rechtmäßigkeit der Enteignung durch die zuständigen Organe der Vertragspartei, welche die Enteignung veranlaßt hat, überprüfen zu lassen.

(4) Dem Investor steht das Recht zu, die Höhe der Entschädigung und die Zahlungsmodalitäten entweder durch die zuständigen Organe der Vertragspartei, welche die Enteignung veranlaßt hat, oder durch ein internationales Schiedsgericht gemäß Artikel 8 dieses Abkommens überprüfen zu lassen.

Artikel 5**Transfer**

(1) Jede Vertragspartei gewährleistet den Investoren der anderen Vertragspartei ohne ungebührliche Verzögerung den freien Transfer in frei konvertierbarer Währung der im Zusammenhang mit einer Investition stehenden Zahlungen, insbesondere, aber nicht ausschließlich,

- a) des Kapitals und zusätzlicher Beträge zur Aufrechterhaltung oder Erweiterung der Investition;
- b) von Beträgen, die zur Abdeckung von Ausgaben im Zusammenhang mit der Verwaltung der Investition bestimmt waren;
- c) der Erträge;
- d) der Rückzahlung von Darlehen;
- e) des Erlöses im Falle vollständiger oder teilweiser Liquidation oder Veräußerung der Investition;
- f) einer Entschädigung gemäß Artikel 4 Absatz 1 dieses Abkommens.

(2) Die Zahlungen gemäß diesem Artikel erfolgen zu den Wechselkursen, die am Tage der Transferzahlung im Hoheitsgebiet der Vertragspartei, von der aus der Transfer vorgenommen wird, gelten.

(3) Die Wechselkurse werden entsprechend den Notierungen an den im Hoheitsgebiet jeder Vertragspartei befindlichen Börsen bzw. subsidiär von dem jeweiligen Bankensystem im Hoheitsgebiet jeder der Vertragsparteien festgelegt. Die Bankgebühren werden gerecht und angemessen sein.

Artikel 6**Eintrittsrecht**

Leistet eine Vertragspartei oder eine von ihr hiezu ermächtigte Institution ihrem Investor Zahlungen auf Grund einer Garantie für eine Investition im Hoheitsgebiet der anderen Vertragspartei, so erkennt diese andere Vertragspartei, unbeschadet der Rechte des Investors der erstgenannten Vertragspartei aus Artikel 8 dieses Abkommens und der Rechte der erstgenannten Vertragspartei aus Artikel 9 dieses Abkommens, die Übertragung aller Rechte oder Ansprüche dieses Investors kraft Gesetzes oder auf Grund eines Rechtsgeschäfts auf die erstgenannte Vertragspartei an. Ferner erkennt die andere Vertragspartei den Eintritt der erstgenannten Vertragspartei in alle diese Rechte oder Ansprüche an, welche die erstgenannte Vertragspartei in demselben Umfang wie ihr Rechtsvorgänger auszuüben berechtigt ist. Für den Transfer der an die betreffende Vertragspartei auf Grund der übertragenen Rechte zu leistenden Zahlungen gelten Artikel 4 und Artikel 5 dieses Abkommens sinngemäß.

Artikel 7**Andere Verpflichtungen**

(1) Ergibt sich aus den Rechtsvorschriften einer Vertragspartei oder aus völkerrechtlichen Verpflichtungen, die neben diesem Abkommen zwischen den Vertragsparteien bestehen oder in Zukunft begründet werden, eine allgemeine oder besondere Regelung, durch die den Investitionen der Investoren der anderen Vertragspartei eine günstigere Behandlung als nach diesem Abkommen zu gewähren ist, so geht diese Regelung dem vorliegenden Abkommen insoweit vor, als sie günstiger ist.

(2) Jede Vertragspartei hält jede vertragliche Verpflichtung ein, die sie gegenüber einem Investor der anderen Vertragspartei in bezug auf von ihr genehmigte Investitionen in ihrem Hoheitsgebiet übernommen hat.

Artikel 8**Beilegung von Investitionsstreitigkeiten**

(1) Entstehen zwischen einer Vertragspartei und einem Investor der anderen Vertragspartei Meinungsverschiedenheiten aus einer Investition, so werden diese so weit wie möglich zwischen den Streitparteien freundschaftlich beigelegt.

(2) Kann eine Meinungsverschiedenheit gemäß Absatz 1 nicht innerhalb von drei Monaten ab dem Erhalt einer schriftlichen Mitteilung hinreichend bestimmter Ansprüche beigelegt werden, wird die Meinungsverschiedenheit auf Antrag der Vertragspartei oder des Investors der anderen Vertragspartei in einem Schiedsverfahren durch drei Schiedsrichter gemäß den UNCITRAL Schiedsregeln in der Fassung der letzten Änderung, die von den Vertragsparteien zum Zeitpunkt des Verlangens nach Einleitung eines Schiedsverfahrens akzeptiert wurden, geregelt. Die Vertragspartei unterwirft sich dem Schiedsgericht auch für den Fall, daß keine Schiedsvereinbarung besteht.

(3) Der Schiedsspruch ist endgültig und bindend; er wird nach innerstaatlichem Recht vollstreckt; jede Vertragspartei stellt die Anerkennung und Durchsetzung des Schiedsspruches in Übereinstimmung mit ihren einschlägigen Rechtsvorschriften sicher.

(4) Eine Vertragspartei, die Streitpartei ist, macht in keinem Stadium des Vergleichs- oder Schiedsverfahrens oder der Durchsetzung eines Schiedsspruches als Einwand geltend, daß der Investor, der die andere Streitpartei bildet, auf Grund einer Garantie eine Entschädigung bezüglich aller oder Teile seiner Verluste erhalten habe.

Artikel 9

Beilegung von Streitigkeiten zwischen den Vertragsparteien

(1) Meinungsverschiedenheiten zwischen den Vertragsparteien über die Auslegung oder Anwendung dieses Abkommens sollen, soweit wie möglich, durch freundschaftliche Verhandlungen beigelegt werden.

(2) Kann eine Meinungsverschiedenheit gemäß Absatz 1 innerhalb von sechs Monaten nicht beigelegt werden, so wird sie auf Antrag einer der Vertragsparteien einem Schiedsgericht unterbreitet.

(3) Das Schiedsgericht wird von Fall zu Fall wie folgt gebildet: jede Vertragspartei bestellt ein Mitglied und beide Mitglieder einigen sich auf einen Staatsangehörigen eines Drittstaates als Vorsitzenden. Die Mitglieder sind innerhalb von zwei Monaten, nachdem die eine Vertragspartei der anderen mitgeteilt hat, daß sie die Meinungsverschiedenheit einem Schiedsgericht unterbreiten will, der Vorsitzende innerhalb von weiteren zwei Monaten zu bestellen.

(4) Werden die in Absatz 3 festgelegten Fristen nicht eingehalten, so kann in Ermangelung einer anderen Vereinbarung jede Vertragspartei den Präsidenten des Internationalen Gerichtshofes bitten, die erforderlichen Ernennungen vorzunehmen. Besitzt der Präsident des Internationalen Gerichtshofes die Staatsangehörigkeit einer der beiden Vertragsparteien oder ist er aus einem anderen Grund verhindert diese Funktion auszuüben, so kann der Vizepräsident, oder im Falle seiner Verhinderung, das dienstälteste Mitglied des Internationalen Gerichtshofes unter denselben Voraussetzungen eingeladen werden, die erforderlichen Ernennungen vorzunehmen.

(5) Das Schiedsgericht beschließt seine eigene Verfahrensordnung.

(6) Das Schiedsgericht entscheidet auf Grund dieses Abkommens sowie auf Grund der allgemein anerkannten Regeln des Völkerrechtes. Es entscheidet mit Stimmenmehrheit; der Schiedsspruch ist endgültig und bindend.

(7) Jede Vertragspartei trägt die Kosten ihres Mitglieds und ihrer Rechtsvertretung in dem Schiedsverfahren. Die Kosten des Vorsitzenden sowie die sonstigen Kosten werden von den beiden Vertragsparteien zu gleichen Teilen getragen. Das Gericht kann jedoch in seinem Schiedsspruch eine andere Kostenregelung treffen.

Artikel 10

Anwendung dieses Abkommens

Dieses Abkommen gilt für Investitionen, die Investoren der einen Vertragspartei in Übereinstimmung mit den Rechtsvorschriften der anderen Vertragspartei in deren Hoheitsgebiet sowohl vor als auch nach dem Inkrafttreten dieses Abkommens vorgenommen haben oder vornehmen werden.

252 der Beilagen

5

Artikel 11**Inkrafttreten und Dauer**

(1) Dieses Abkommen bedarf der Ratifikation und tritt am ersten Tag des dritten Monats in Kraft, der dem Monat folgt, in dem sich die Vertragsparteien gegenseitig notifiziert haben, daß die jeweiligen verfassungsmäßigen Erfordernisse für das Inkrafttreten des Abkommens erfüllt sind.

(2) Das Abkommen bleibt zehn Jahre lang in Kraft; nach deren Ablauf wird es auf unbestimmte Zeit verlängert und kann von jeder Vertragspartei unter Einhaltung einer Kündigungsfrist von zwölf Monaten schriftlich auf diplomatischem Wege gekündigt werden.

(3) Für Investitionen, die bis zum Zeitpunkt des Außerkrafttretens dieses Abkommens vorgenommen worden sind, gelten die Artikel 1 bis 10 dieses Abkommens noch für weitere zehn Jahre vom Tage des Außerkrafttretens des Abkommens an.

GESCHEHEN zu Hanoi am 27. März 1995, in zwei Urschriften, jede in deutscher, vietnamesischer und englischer Sprache, wobei jeder Wortlaut gleichermaßen authentisch ist. Im Falle von Abweichungen geht der englische Text vor.

Für die Republik Österreich:

Mock m. p.

Für die Sozialistische Republik Vietnam:

Cam m. p.

PROTOKOLL

Mit Bezug auf das Abkommen zwischen der Republik Österreich und der Sozialistischen Republik Vietnam zur Förderung und zum Schutz von Investitionen, unterzeichnet in Hanoi am heutigen Tage, bedeutet der Begriff „maßgeblicher Einfluß“ in Artikel 1 Absatz 2, Subparagraph c), daß ein österreichischer Investor die Geschäftsführung einer juristischen Person oder Personengesellschaft so weitgehend kontrolliert, daß keine wesentliche Entscheidung über die Investition oder die Gesellschaftspolitik ohne die Zustimmung des österreichischen Investors durch diese Gesellschaften getroffen werden kann.

GESCHEHEN zu Hanoi am 27. März 1995, in zweifacher Ausfertigung, in deutscher, vietnamesischer und englischer Sprache. Im Falle von Abweichungen geht der englische Text vor.

Für die Republik Österreich:

Mock m. p.

Für die Sozialistische Republik Vietnam:

Cam m. p.

**HIỆP ĐỊNH
GIỮA CỘNG HOÀ AÓ
VÀ CỘNG HOÀ XÃ HỘI CHỦ NGHĨA VIỆT NAM
VỀ KHUYẾN KHÍCH VÀ BẢO HỘ ĐẦU TƯ**

Cộng hòa Aó và Cộng hoà xã hội chủ nghĩa Việt nam, dưới đây gọi là "các Bên ký kết",

Với mong muốn tạo các điều kiện thuận lợi nhằm mở rộng hơn các quan hệ hợp tác kinh tế giữa các Bên ký kết;

Nhận thấy rằng việc khuyến khích và bảo hộ đầu tư sẽ tăng cường các khả năng về đầu tư và qua đó đóng góp một phần quan trọng vào sự phát triển quan hệ kinh tế giữa hai nước,

Đã thoả thuận như sau:

**ĐIỀU 1
ĐỊNH NGHĨA**

Với mục đích của Hiệp định này:

(1) Thuật ngữ "đầu tư" bao gồm mọi loại tài sản, đặc biệt nhưng không chỉ là:

a) Sở hữu động sản và bất động sản cũng như các quyền khác về tài sản như quyền thế chấp, thế nợ, cầm cố, quyền hoa lợi và các quyền tương tự;

b) Cổ phần và các hình thức tham gia khác vào công ty;

c) Các khiếu nại về tiền được đưa ra nhằm tạo một giá trị kinh tế hoặc các khiếu nại về bất kỳ một sự thực hiện nào có giá trị kinh tế;

d) Quyền bản quyền, các quyền sở hữu trí tuệ như bằng phát minh sáng chế, nhãn hiệu thương mại, kiểu dáng công nghiệp và giải pháp hữu ích, qui trình công nghệ, bí quyết, tên thương mại và đặc quyền kế nghiệp;

e) Các tổ nhượng kinh doanh về thăm dò và khai thác tài nguyên theo Luật công pháp.

(2) Thuật ngữ "nhà đầu tư" về phía Cộng hòa Áo chỉ:

a) Bất kỳ thể nhân nào là công dân nước Cộng hòa Áo và có đầu tư tại lãnh thổ của Bên ký kết kia;

b) Bất kỳ pháp nhân hoặc liên danh nào được thành lập phù hợp với pháp luật của Cộng hòa Áo, có trụ sở tại lãnh thổ của Cộng hòa Áo và có đầu tư tại lãnh thổ của Bên ký kết kia.

c) Bất kỳ pháp nhân hoặc liên danh nào được thành lập theo pháp luật của mỗi Bên ký kết hoặc của một nước thứ ba mà tại đó nhà đầu tư nêu tại mục a) hoặc b) có ảnh hưởng chi phối.

Thuật ngữ "nhà đầu tư" về phía Cộng hòa xã hội chủ nghĩa Việt nam chỉ:

a) Bất kỳ thể nhân nào là công dân nước Cộng hòa xã hội chủ nghĩa Việt nam phù hợp với pháp luật của Cộng hòa xã hội chủ nghĩa Việt nam;

b) Bất kỳ pháp nhân nào, bao gồm các doanh nghiệp, công ty, hãng và hiệp hội được thành lập theo pháp luật của Cộng hòa xã hội chủ nghĩa Việt nam và có trụ sở tại lãnh thổ Cộng hòa xã hội chủ nghĩa Việt nam.

(3) Thuật ngữ "thu nhập" chỉ các khoản thu từ đầu tư, và đặc biệt nhưng không chỉ là: lợi nhuận, lãi tiền vay, lợi tức gia tăng từ vốn, lợi tức cổ phần, tiền bản quyền, thu nhập từ lixăng và những phí khác.

(4) Thuật ngữ "tước đoạt quyền sở hữu" bao gồm việc quốc hữu hoá hoặc bất kỳ biện pháp nào khác có ảnh hưởng tương đương.

ĐIỀU 2 KHUYẾN KHÍCH VÀ BẢO HỘ ĐẦU TƯ.

(1) Mỗi Bên ký kết, trong chừng mực có thể, sẽ khuyến khích trên lãnh thổ của mình những đầu tư của các nhà đầu tư của Bên ký kết kia, và chấp thuận những đầu tư đó trên cơ sở phù hợp với luật pháp nước mình và trong mọi trường hợp sẽ đối xử công bằng và thỏa đáng đối với những đầu tư đó.

(2) Những đầu tư được chấp nhận theo quy định tại khoản (1), Điều 1 và những thu nhập của họ sẽ được hưởng sự bảo hộ toàn diện theo Hiệp định này. Không ảnh hưởng đến các quy định tại khoản (1), một sự bảo hộ tương tự cũng sẽ được áp dụng đối với những thu nhập dùng để tái đầu tư, cũng như đối với việc gia hạn, sửa đổi hoặc chuyển đổi về mặt pháp lý của dự án đầu tư.

ĐIỀU 3 ĐỐI XỬ ĐỐI VỚI NHỮNG ĐẦU TƯ

(1) Mỗi Bên ký kết sẽ dành cho các nhà đầu tư và những đầu tư của các nhà đầu tư của Bên ký kết kia một sự đối xử không kém thuận lợi hơn sự đối xử mà nước đó dành cho các nhà đầu tư và những đầu tư của các nhà đầu tư của bất kỳ nước thứ ba nào.

(2) Những qui định tại khoản (1) sẽ không được hiểu như là nghĩa vụ của một Bên ký kết phải dành cho các nhà đầu tư và các đầu tư của các nhà đầu tư của Bên ký kết kia những lợi ích hiện tại hoặc tương lai của bất kỳ sự đối xử, ưu đãi hoặc đặc quyền nào phát sinh từ:

- a) các liên minh thuế quan, thị trường chung, khu vực tự do thương mại hoặc liên minh kinh tế;
- b) các Hiệp định quốc tế, thỏa thuận quốc tế hoặc luật pháp trong nước về thuế;
- c) các quy định về việc tạo thuận lợi cho việc giao lưu qua biên giới;
- d) sự đối xử giống như công dân nước mình áp dụng đối với một nước thứ ba khác trên cơ sở Hiệp định song phương về đầu tư.

ĐIỀU 4 BỒI THƯỜNG

(1) Những đầu tư của các nhà đầu tư của một trong các Bên ký kết trên lãnh thổ của Bên ký kết kia sẽ không bị tước quyền sở hữu trừ khi vì mục đích công cộng theo quy trình do Luật định và được bồi thường. Khoản bồi thường này phải tương ứng với giá trị của những đầu tư đó vào thời điểm ngay trước khi các biện pháp tước quyền đã hoặc sẽ được công bố chính thức. Các khoản bồi thường phải được trả ngay không chậm trễ và chịu lãi cho đến thời điểm thanh toán theo lãi suất ngân hàng thông thường của nước tiếp nhận đầu tư; các khoản bồi thường đó phải được trả bằng đồng tiền tự do chuyển đổi và được tự do chuyển ra nước ngoài. Việc xác định thanh toán những khoản bồi thường đó phải được tiến hành theo một phương thức thích hợp không chậm hơn thời điểm tước quyền sở hữu.

(2) Khi một Bên ký kết tước quyền sở hữu các tài sản của công ty mà công ty đó được coi là công ty của Bên ký kết đó phù hợp với khoản (2), Điều 1 của Hiệp định này và tại công ty này, nhà đầu tư của Bên ký kết kia có sở hữu cổ phần, thì các quy định tại khoản (1) sẽ được áp dụng để bảo đảm việc bồi thường cho nhà đầu tư này.

(3) Nhà đầu tư được quyền yêu cầu các cơ quan có thẩm quyền của Bên ký kết tiến hành các biện pháp tước quyền sở hữu xem xét lại tính hợp pháp của các biện pháp tước quyền sở hữu đó.

(4) Nhà đầu tư có quyền yêu cầu các cơ quan có thẩm quyền của Bên ký kết tiến hành các biện pháp tước quyền sở hữu hoặc một Hội đồng trọng tài quốc tế theo quy định tại Điều 8 của Hiệp định này xem xét lại số tiền và phương thức thanh toán bồi thường.

ĐIỀU 5 VIỆC CHUYỂN RA NƯỚC NGOÀI

(1) Mỗi bên ký kết sẽ bảo đảm cho các nhà đầu tư của Bên ký kết kia được chuyển tự do ra nước ngoài bằng đồng tiền tự do chuyển đổi những khoản thanh toán có liên quan tới đầu tư, đặc biệt nhưng không chỉ gồm:

- a) vốn và các khoản bổ sung để duy trì hoặc mở rộng đầu tư;
- b) các khoản được xác định dùng để bù đắp các chi phí về quản lý đầu tư;
- c) các khoản thu nhập;
- d) các khoản để trả tiền vay;
- e) các khoản thu từ việc thanh lý toàn bộ hay một phần hoặc từ việc bán đầu tư;
- f) các khoản bồi thường theo quy định tại khoản (1), Điều 4 của Hiệp định này;

(2) Những thanh toán nêu tại Điều này sẽ được thực hiện theo tỷ giá chuyển đổi có hiệu lực vào ngày chuyển tiền được công bố tại lãnh thổ của Bên ký kết mà từ nước đó tiền được chuyển ra nước ngoài.

(3) Tỷ giá chuyển đổi được xác định trên cơ sở các tỷ giá công bố tại các thị trường chứng khoán trên lãnh thổ của mỗi Bên ký kết hoặc trong trường hợp không có tỷ giá công bố tại thị trường chứng khoán thì tỷ giá chuyển đổi sẽ do hệ thống Ngân hàng tại lãnh thổ của mỗi Bên ký kết xác định. Các chi phí Ngân hàng phải công bằng và thoả đáng.

ĐIỀU 6 THẾ QUYỀN

Khi Bên ký kết này hoặc một tổ chức được uỷ quyền của Bên ký kết đó thực hiện việc thanh toán cho nhà đầu tư của mình trên cơ sở một bảo đảm về đầu tư được tiến hành trên lãnh thổ của Bên ký kết kia, thì Bên ký kết kia, không ảnh hưởng đến các quyền của nhà đầu tư của Bên ký kết này theo quy định tại Điều 8 của Hiệp định và quyền của Bên ký kết này theo quy định tại Điều 9 của Hiệp định, sẽ công nhận sự chuyển nhượng cho Bên ký kết này tất cả các quyền và các khiếu nại của nhà đầu tư theo các quy định của Luật hoặc theo các giao dịch mang tính chất pháp lý. Bên ký kết kia cũng sẽ công nhận sự thế quyền của Bên ký kết này đối với các quyền và các khiếu nại được chuyển nhượng trong chừng mực giống như là đối với các quyền và các khiếu nại mà nhà đầu tư được hưởng. Đối với việc chuyển các khoản thanh toán cho Bên ký kết có liên quan trên cơ sở sự thế quyền, Điều 4 và 5 của Hiệp định sẽ được áp dụng một cách tương ứng.

ĐIỀU 7 NHỮNG NGHĨA VỤ KHÁC

(1) Nếu bên cạnh Hiệp định này, các quy định của luật pháp của một trong các Bên ký kết hoặc các nghĩa vụ quốc tế đang tồn tại hiện tại hoặc được thiết lập sau đó giữa các Bên ký kết có các quy định, chung hoặc đặc biệt, về việc dành cho các đầu tư của các nhà đầu tư của Bên ký kết kia một sự đối xử thuận lợi hơn sự đối xử quy định tại Hiệp định này, thì các quy định đó, trong chừng mực thuận lợi hơn sẽ được áp dụng.

(2) Mỗi Bên ký kết sẽ tôn trọng các nghĩa vụ hợp đồng mà mỗi Bên ký kết với nhà đầu tư của Bên ký kết kia liên quan đến các đầu tư đã được chấp thuận trên lãnh thổ của nước mình.

ĐIỀU 8 GIẢI QUYẾT TRANH CHẤP VỀ ĐẦU TƯ

(1) Bất kỳ tranh chấp nào phát sinh từ đầu tư giữa một Bên ký kết và nhà đầu tư của Bên ký kết kia, trong chừng mực có thể, sẽ được giải quyết thông qua thương lượng hoà giải giữa các Bên tranh chấp.

(2) Nếu vụ tranh chấp theo như quy định tại khoản (1) không được giải quyết trong vòng 3 tháng kể từ ngày nhận được thông báo bằng văn bản nêu đầy đủ các chi tiết về việc khiếu nại, thì vụ tranh chấp, theo yêu cầu của Bên ký kết tham gia tranh chấp hoặc của nhà đầu tư của Bên ký kết kia, sẽ được đưa ra giải quyết thông qua một Hội đồng trọng tài gồm ba trọng tài viên phù hợp với các quy tắc về trọng tài của UNCITRAL đã được bổ sung theo các quy định bổ sung cuối cùng được các Bên ký kết chấp thuận vào thời điểm khởi xướng các thủ tục về trọng tài. Các Bên ký kết sẽ tự nguyện đưa vụ tranh chấp ra xét xử tại Hội đồng trọng tài ngay cả trong trường hợp chưa có thoả thuận về trọng tài.

(3) Phán quyết của Hội đồng trọng tài là quyết định cuối cùng và có giá trị bắt buộc; và sẽ được thực hiện phù hợp với luật quốc gia; mỗi bên ký kết sẽ bảo đảm công nhận và thi hành phán quyết của trọng tài phù hợp với luật pháp và những qui định có liên quan của nước mình.

(4) Bên ký kết tham gia vụ tranh chấp, trong bất kỳ một giai đoạn nào của việc hoà giải hoặc xét xử trọng tài hoặc thi hành phán quyết của trọng tài, sẽ không đưa ra một sự phản đối nào về việc nhà đầu tư tham gia vụ tranh chấp đã nhận được bồi thường về toàn bộ hoặc một phần các thiệt hại trên cơ sở một bảo đảm về đầu tư.

ĐIỀU 9

GIẢI QUYẾT TRANH CHẤP GIỮA CÁC BÊN KÝ KẾT

(1) Những tranh chấp giữa các Bên ký kết liên quan tới giải thích hoặc áp dụng Hiệp định này, trong chừng mực có thể, sẽ được giải quyết thông qua thương lượng.

(2) Nếu vụ tranh chấp theo khoản (1) không được giải quyết trong vòng 6 tháng, thì theo yêu cầu của một trong hai Bên ký kết, vụ tranh chấp sẽ được đưa ra Hội đồng trọng tài.

(3) Hội đồng trọng tài này được thành lập trong từng trường hợp cụ thể theo cách sau: mỗi Bên ký kết sẽ chỉ định một thành viên và hai thành viên này sẽ thoả thuận chọn một công dân của một nước thứ ba làm Chủ tịch. Hai thành viên này sẽ được chỉ định trong vòng hai tháng kể từ ngày một Bên ký kết có thông báo cho Bên ký kết kia ý định đưa vụ tranh chấp ra Hội đồng trọng tài, Chủ tịch sẽ được chỉ định trong vòng hai tháng tiếp theo.

(4) Nếu thời hạn qui định tại khoản (3) không được tôn trọng, thì mỗi Bên ký kết, trong trường hợp không có các thoả thuận tương tự, có thể mời Chủ tịch của Tòa án quốc tế tiến hành sự chỉ định cần thiết. Nếu Chủ tịch của Tòa án quốc tế là công dân của một trong các Bên ký kết hoặc vì một cản trở nào khác mà ông ta không thực hiện được chức năng như đã nói trên thì Phó chủ tịch hoặc nếu ông ta cũng không có khả năng thực hiện, thì thành viên cao cấp tiếp theo của Tòa án quốc tế sẽ được mời trong cùng điều kiện để tiến hành sự chỉ định cần thiết.

(5) Hội đồng trọng tài sẽ thiết lập thủ tục tố tụng riêng của mình.

(6) Hội đồng trọng tài sẽ quyết định trên cơ sở Hiệp định này và phù hợp với những nguyên tắc luật pháp quốc tế được công nhận chung. Hội đồng trọng tài sẽ quyết định theo đa số; quyết định của Hội đồng trọng tài là quyết định cuối cùng và bắt buộc đối với các Bên.

(7) Mỗi Bên ký kết sẽ chịu chi phí cho thành viên và đại diện pháp lý của mình trong quá trình tố tụng. Chi phí cho Chủ tịch và những chi phí còn lại khác được chia đều cho hai Bên ký kết. Tuy nhiên, Hội đồng trọng tài, tại quyết định của mình, có thể xác định việc phân chia chi phí theo cách khác.

ĐIỀU 10 ÁP DỤNG HIỆP ĐỊNH

Hiệp định này sẽ được áp dụng đối với những đầu tư được thực hiện bởi nhà đầu tư của mỗi Bên ký kết trên lãnh thổ của Bên ký kết kia phù hợp với pháp luật của Bên ký kết đó trước cũng như sau khi Hiệp định này có hiệu lực.

ĐIỀU 11 HIỆU LỰC VÀ THỜI HẠN CỦA HIỆP ĐỊNH

(1) Hiệp định này phải được phê chuẩn hoặc phê duyệt phù hợp với pháp luật của mỗi Bên ký kết và có hiệu lực kể từ ngày đầu của tháng thứ ba kể từ tháng hai Bên thông báo cho nhau bằng văn bản về việc đã hoàn thành các thủ tục luật pháp cần thiết để Hiệp định có hiệu lực.

(2) Hiệp định này sẽ có hiệu lực trong thời hạn là mười (10) năm; và có thể được gia hạn thêm sau đó với một thời hạn không hạn định và có thể được chấm dứt nếu có thông báo trước 12 tháng bằng văn bản cho Bên ký kết kia qua đường ngoại giao.

(3) Những qui định tại Điều 1 đến 10 sẽ còn tiếp tục có hiệu lực thêm mười năm nữa kể từ ngày hết hiệu lực của Hiệp định này đối với những đầu tư được thực hiện trước ngày hết hạn Hiệp định.

Làm tại Hà nội, ngày 22/3/1991 thành hai bản, bằng tiếng Đức, tiếng Việt nam và tiếng Anh, các bản có giá trị ngang nhau. Trong trường hợp có sự khác nhau, thì sẽ căn cứ vào bản tiếng Anh.

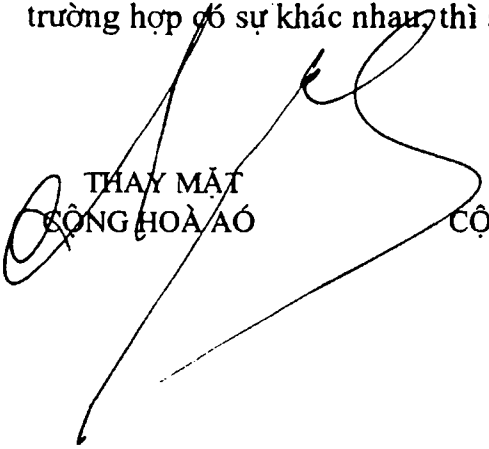
THAY MẶT
CỘNG HÒA AÓ

THAY MẶT
CỘNG HÒA XÃ HỘI CHỦ NGHĨA VIỆT NAM

NGHỊ ĐỊNH THƯ

Liên quan đến Hiệp định giữa Cộng hoà Áo và Cộng hoà xã hội chủ nghĩa Việt nam về khuyến khích và bảo hộ đầu tư được ký kết tại Hà nội ngày hôm nay, thuật ngữ " ảnh hưởng chi phối" nêu tại mục (c), khoản (2), Điều 1 được hiểu là việc một nhà đầu tư Áo nắm quyền kiểm soát việc quản lý của một pháp nhân hoặc liên danh đến chừng mực không một quyết định quan trọng nào về đầu tư hoặc về chính sách của công ty được thông qua mà không có sự chấp thuận của nhà đầu tư Áo đó.

Làm tại Hà nội , ngày 22 3 1990, thành hai bản, bằng tiếng Đức, tiếng Việt nam, và tiếng Anh, các bản có giá trị ngang nhau. Trong trường hợp có sự khác nhau thì sẽ căn cứ vào bản tiếng Anh.



THAY MẶT
CỘNG HOÀ AÓ



THAY MẶT
CỘNG HOÀ XÃ HỘI CHỦ NGHĨA VIỆT NAM

AGREEMENT**between the Republic of Austria and the Socialist Republic of Vietnam for the Promotion and Protection of Investments**

THE REPUBLIC OF AUSTRIA AND THE SOCIALIST REPUBLIC OF VIETNAM;

hereinafter referred to as "Contracting Parties",

DESIRING to create favourable conditions for greater economic co-operation between the Contracting Parties;

RECOGNIZING that the promotion and protection of investments may strengthen the readiness for such investments and hereby make an important contribution to the development of economic relations between the Contracting Parties,

HAVE AGREED AS FOLLOWS:

Article 1**Definitions**

For the purpose of this Agreement

(1) the term "investment" comprises all assets and in particular, though not exclusively:

- a) movable and immovable property as well as any other rights *in rem* such as mortgages, liens, pledges, usufructs and similar rights;
- b) shares and other types of participations in undertakings;
- c) claims to money that has been given in order to create an economic value or claims to any performance having an economic value;
- d) copyrights, industrial property rights such as patents for inventions, trademarks, industrial designs and utility models, technical processes, know-how, trade names and goodwill;
- e) business concessions under public law to search for or exploit natural resources.

(2) the term "investor" means

in respect of the Republic of Austria

- a) any natural person who is a citizen of the Republic of Austria and makes an investment in the other Contracting Party's territory;
- b) any juridical person, or partnership, constituted in accordance with the legislation of the Republic of Austria, having its seat in the territory of the Republic of Austria and making an investment in the other Contracting Party's territory;
- c) any juridical person, or partnership, constituted in accordance with the legislation of a Contracting Party or of a third Party in which the investor referred to in a) or b) exercises a dominant influence;

in respect of the Socialist Republic of Vietnam

- a) any person who is a citizen of the Socialist Republic of Vietnam in accordance with the legislation of the Socialist Republic of Vietnam;
- b) any juridical person, including companies, corporations, firms and associations incorporated or constituted in accordance with the legislation of the Socialist Republic of Vietnam and having its seat in the Socialist Republic of Vietnam;

(3) the term "returns" means the amounts yielded by an investment, and in particular, though not exclusively, profits, interests, capital gains, dividends, royalties, licence and other fees.

(4) the term "expropriation" also comprises a nationalization or any other measure having equivalent effect.

Article 2**Promotion and Protection of Investments**

(1) Each Contracting Party shall in its territory promote, as far as possible, investments of investors of the other Contracting Party, admit such investments in accordance with its legislation and in any case accord such investments fair and equitable treatment.

252 der Beilagen

17

(2) Investments admitted according to Article 1 paragraph (1) and their returns shall enjoy the full protection of the present Agreement. The same applies without prejudice to the regulations of paragraph (1) also for their returns in case of reinvestment of such returns, as well as for the legal extension, alteration or transformation of an investment.

Article 3**Treatment of Investments**

(1) Each Contracting Party shall accord to investors of the other Contracting Party and their investments treatment no less favourable than that accorded to investors of any third State and their investments.

(2) The provisions of paragraph (1) shall not be construed as to oblige one Contracting Party to extend to the investors of the other Contracting Party and their investments the present or future benefit of any treatment, preference or privilege resulting from

- a) any customs union, common market, free trade area or membership in an economic community;
- b) any international agreement, international arrangement or domestic legislation regarding taxation;
- c) any regulation to facilitate the frontier traffic;
- d) national treatment granted to a third country in a bilateral investment agreement.

Article 4**Compensation**

(1) Investments of investors of either Contracting Party shall not be expropriated in the territory of the other Contracting Party except for a public purpose by due process of law and against compensation. Such compensation shall amount to the value of the investment immediately preceding the time in which the actual or impending measure became public knowledge. The compensation shall be paid without undue delay and shall carry the usual bank interest of the country in which the investment was made until the time of payment; it shall be paid in freely convertible currency and be freely transferable. Provisions for the determination of the payment of such compensation shall be made in an appropriate manner not later than at the moment of the expropriation.

(2) Where a Contracting Party expropriates the assets of a company which is considered as a company of this Contracting Party pursuant to paragraph (2) of Article 1 of the present Agreement and in which an investor of the other Contracting Party owns shares, it shall apply the provisions of paragraph (1) so as to ensure due compensation to this investor.

(3) The investor shall be entitled to have the legality of the expropriation reviewed by the competent authorities of the Contracting Party having induced the expropriation.

(4) The investor shall be entitled to have the amount and the provisions for the payment of the compensation reviewed either by the competent authorities of the Contracting Party having induced the expropriation or by an international arbitral tribunal according to Article 8 of the present Agreement.

Article 5**Transfers**

(1) Each Contracting Party shall guarantee without undue delay to investors of the other Contracting Party free transfer in freely convertible currency of payments in connection with an investment, in particular but not exclusively, of

- a) the capital and additional amounts for the maintenance or extension of the investment;
- b) amounts assigned to cover expenses relating to the management of the investment;
- c) the returns;
- d) the repayment of loans;
- e) the proceeds from total or partial liquidation or sale of the investment;
- f) a compensation according to Article 4 paragraph (1) of the present Agreement.

(2) The payments referred to in this Article shall be effected at the exchange rates prevailing on the day of the transfer of payments in the territory of the Contracting Party from which the transfer is made.

(3) The rates of exchange shall be determined according to the quotations on the stock exchanges on the territory of each Contracting Party or in the absence of such quotations by the respective banking system in the territory of each of the Contracting Parties. The bank charges shall be fair and equitable.

Article 6

Subrogation

Where one Contracting Party or an institution authorized by it makes payments to its investor in virtue of a guarantee for an investment in the territory of the other Contracting Party, the other Contracting Party shall without prejudice to the rights of the investor of the first Contracting Party under Article 8 of the present Agreement and to the rights of the first Contracting Party under Article 9 of the present Agreement recognize the assignment to the first Contracting Party of all rights and claims of this investor under a law or pursuant to a legal transaction. The latter Contracting Party shall also recognize the subrogation of the former Contracting Party to any such rights or claims which that Contracting Party shall be entitled to assert to the same extent as its predecessor in title. As regards the transfer of payments to the Contracting Party concerned by virtue of such assignment, Article 4 and Article 5 of the present Agreement shall apply *mutatis mutandis*.

Article 7

Other Obligations

(1) If the provisions of law of either Contracting Party or international obligations existing at present or established thereafter between the Contracting Parties in addition to the present Agreement, contain a rule, whether general or specific, entitling investments by investors of the other Contracting Party to a treatment more favourable than is provided for by the present Agreement, such rule shall to the extent that it is more favourable prevail over the present Agreement.

(2) Each Contracting Party shall observe any contractual obligation it may have entered into towards an investor of the other Contracting Party with regard to investments approved by it in its territory.

Article 8

Settlement of Investment Disputes

(1) Any dispute arising out of an investment, between a Contracting Party and an investor of the other Contracting Party shall, as far as possible, be settled amicably between the parties to the dispute.

(2) If a dispute according to paragraph (1) cannot be settled within three months of the receipt of a written notification of sufficiently detailed claims, the dispute shall upon request of the Contracting Party or of the investor of the other Contracting Party be settled through arbitration by three arbitrators in accordance with the UNCITRAL arbitration rules, as amended by the last amendment accepted by both Contracting Parties at the time of the request for initiation of the arbitration procedure. The Contracting Party submits itself to the arbitral tribunal mentioned also in the case that no such agreement for arbitration exists.

(3) The award shall be final and binding; it shall be executed according to national law; each Contracting Party shall ensure the recognition and enforcement of the arbitral award in accordance with its relevant laws and regulations.

(4) A Contracting Party which is a party to a dispute shall not, at any stage of conciliation or arbitration proceedings or enforcement of an award, raise the objection that the investor who is the other party to the dispute has received in virtue of a guarantee indemnity in respect of all or some of its losses.

Article 9

Settlement of Disputes between the Contracting Parties

(1) Disputes between the Contracting Parties concerning the interpretation or application of this Agreement shall, as far as possible, be settled through amicable negotiations.

(2) If a dispute according to paragraph (1) cannot be settled within six months it shall upon the request of either Contracting Party be submitted to an arbitral tribunal.

(3) Such arbitral tribunal shall be constituted ad hoc as follows: each Contracting Party shall appoint one member and these two members shall agree upon a national of a third State as their chairman. Such

members shall be appointed within two months from the date one Contracting Party has informed the other Contracting Party, that it intends to submit the dispute to an arbitral tribunal, the chairman of which shall be appointed within two further months.

(4) If the periods specified in paragraph (3) are not observed, either Contracting Party may, in the absence of any other relevant arrangement, invite the President of the International Court of Justice to make the necessary appointments. If the President of the International Court of Justice is a national of either of the Contracting Parties or if he is otherwise prevented from discharging the said function, the Vice-President or in case of his inability the member of the International Court of Justice next in seniority should be invited under the same conditions to make the necessary appointments.

(5) The tribunal shall establish its own rules of procedure.

(6) The arbitral tribunal shall reach its decision in virtue of the present Agreement and pursuant to the generally recognized rules of international law. It shall reach its decision by a majority of votes; the decision shall be final and binding.

(7) Each Contracting Party shall bear the costs of its own member and of its legal representation in the arbitration proceedings. The costs of the chairman and the remaining costs shall be borne in equal parts by both Contracting Parties. The tribunal may, however, in its award determine another distribution of costs.

Article 10

Application of the Agreement

This Agreement shall apply to investments made in the territory of one of the Contracting Parties in accordance with its legislation by investors of the other Contracting Party prior to as well as after the entry into force of this Agreement.

Article 11

Entry into Force and Duration

(1) This Agreement is subject to ratification or approval in accordance with the Constitution of each Contracting Party and shall enter into force on the first day of the third month that follows the month during which the Contracting Parties have notified each other that their constitutional requirements for the entry into force of this Agreement have been fulfilled.

(2) This Agreement shall remain in force for a period of ten years; it shall be extended thereafter for an indefinite period and may be denounced in writing through diplomatic channels by either Contracting Party giving twelve months' notice.

(3) In respect of investments made prior to the date of termination of the present Agreement the provisions of Article 1 to 10 of the present Agreement shall continue to be effective for a further period of ten years from the date of termination of the present Agreement.

DONE in Hanoi, on 27th March 1995, in duplicate, in the German, Vietnamese and English languages, all texts being equally authentic. In case of divergence the English text shall prevail.

For the Republic of Austria:

Mock m.p.

For the Socialist Republic of Vietnam:

Cam m.p.

PROTOCOL

With reference to the Agreement between the Republic of Austria and the Socialist Republic of Vietnam for the Promotion and Protection of Investments signed in Hanoi today the expression “dominant influence” in Article 1, paragraph (2), subparagraph (c) shall mean that an Austrian investor controls the management of the juridical person or partnership to the extent that no major decision on the investment or the company policy can be taken by these entities without the consent of the Austrian investor.

DONE in Hanoi, on 27th March 1995, in duplicate, in the German, Vietnamese and English languages, all texts being equally authentic. In case of divergence the English text shall prevail.

For the Republic of Austria:

Mock m.p.

For the Socialist Republic of Vietnam:

Cam m.p.

VORBLATT

Problem:

Die Förderung und der Schutz von Investitionen im Ausland wird von den innerstaatlichen Rechtsnormen des ausländischen Staates geregelt, ohne daß der Heimat- oder Sitzstaat des Investors ein Recht hat, effiziente Schutzfunktionen auszuüben. Dies kann sich hemmend auf die im beiderseitigen Interesse liegende Investitionsbereitschaft auswirken.

Problemlösung:

Das vorliegende Abkommen hat die Förderung und den Schutz von Investitionen zum Gegenstand und regelt auf der Grundlage der Gegenseitigkeit ua. die Entschädigungspflicht bei Enteignungen, die Frage von Überweisungen und Formen der Streitbeilegung. Das Abkommen beruht auf dem Prinzip der Meistbegünstigung – ausgenommen Vorteile, die sich aus Integrationsmaßnahmen uä. ergeben. Auf Grund dieses Vertragsinstrumentes ist jede Vertragspartei in der Lage, die Rechte ihres Investors im Investitionsland sicherzustellen und zu vertreten.

Alternativen:

Beibehaltung der bisherigen unbefriedigenden Rechtslage.

Kosten:

Keine. Mit der Vollziehung des Abkommens ist weder ein vermehrter Sachaufwand noch ein zusätzlicher Personalaufwand verbunden.

EU-Konformität:

Die Vereinbarkeit mit bestehenden EG-Regelungen ist gegeben.

Erläuterungen

I. Allgemeiner Teil

Das gegenständliche Abkommen ist gesetzändernd bzw. Gesetzesergänzend und bedarf daher gemäß Artikel 50 Abs. 1 B-VG der Genehmigung durch den Nationalrat. Da das Abkommen auch Angelegenheiten, die den selbständigen Wirkungsbereich der Länder betreffen, regelt, bedarf es gemäß Artikel 50 Abs. 1 B-VG zweiter Satz auch der Zustimmung des Bundesrates. Es hat nicht politischen Charakter und ist der unmittelbaren Anwendung im innerstaatlichen Rechtsbereich zugänglich, sodaß eine Erlassung von Gesetzen gemäß Artikel 50 Abs. 2 B-VG nicht erforderlich ist. Das Abkommen enthält keine verfassungsändernden Bestimmungen. Die einzelnen EG-Mitgliedstaaten schließen analoge Abkommen mit Drittländern ab.

Investitionsschutzabkommen werden üblicherweise zwischen Industriestaaten einerseits und wirtschaftlich weniger entwickelten Ländern andererseits abgeschlossen. Ihr Ziel ist es, Investitionstätigkeit zu fördern und getätigte Investitionen zu schützen. Es liegt in den wirtschaftlichen Gegebenheiten, daß Investitionen in erster Linie von den Industriestaaten in die wirtschaftlich weniger entwickelten Länder fließen. Es ist aber nicht auszuschließen, daß der Investitionsfluß auch eine umgekehrte Richtung nimmt. Ein Industriestaat muß daher grundsätzlich bei der Verhandlung solcher Abkommen auf diese Möglichkeit im Lichte seiner eigenen Wirtschaftsstruktur sowie seiner Gesetzgebung Bedacht nehmen.

Da die Grundaufgabe von Investitionsschutzabkommen in jedem Fall die gleiche ist, und da die von Österreich angestrebten Investitionsschutzabkommen im Regelfall ausgehend von einem, von einem OECD-Basisentwurf abgeleiteten, österreichischen Mustervertrag verhandelt werden, sind die Abkommensinhalte einander in hohem Maße ähnlich bis identisch. Größere Abweichungen ergeben sich in der Regel bei Fragen der Streitbeilegung zwischen einer Vertragspartei und einem Investor und bei den Modalitäten des Devisentransfers.

In Entsprechung des österreichischen Mustervertrages sichern einander die Vertragsparteien die Meistbegünstigung zu.

Es kann erwartet werden, daß die österreichische Wirtschaft in Zukunft von der Möglichkeit zu Investitionstätigkeiten in Vietnam Gebrauch macht. Auch auf vietnamesischer Seite besteht Interesse an Investitionen aus Österreich sowie die Bereitschaft, durch entsprechende innerstaatliche Regelungen ausländische Investitionstätigkeit zu fördern. Ziel des gegenständlichen Abkommens ist es, die österreichischen Firmen bei ihren Investitionsbemühungen in der Sozialistischen Republik Vietnam zu unterstützen und sie gegen dabei allenfalls entstehende Risiken abzusichern.

Besondere Bedeutung kommt der Regelung der Entschädigung im Falle der Verstaatlichung oder jeder sonstigen Maßnahme mit einer der Enteignung gleichkommenden Wirkung zu. Einen wichtigen Vertragsbestandteil bilden ferner die Bestimmungen betreffend den Transfer von Erträgen aus Investitionen, von Rückzahlungen von in Devisen gewährten Darlehen, von Erlösen aus deren Liquidation oder Veräußerung und von Entschädigungen im Enteignungsfall.

Bei Streitigkeiten zwischen einem Investor und einem Vertragsstaat sieht das Abkommen ein Schiedsverfahren nach der UNCITRAL-Schiedsgerichtsordnung vor. Für Meinungsverschiedenheiten zwischen den Vertragsparteien hinsichtlich der Interpretation und Anwendung dieses Abkommens ist ein Schiedsverfahren vorgesehen.

II. Besonderer Teil

Präambel:

Diese enthält im wesentlichen die Motive der vertragschließenden Parteien.

Artikel 1:

Dieser Artikel dient dazu, die im Abkommen vorkommenden wesentlichen Begriffsinhalte zu definieren.

Der Begriff „Investition“ ist sowohl inhaltlich als auch durch eine umfangreiche, wenn auch nicht erschöpfende Aufzählung von Vermögenswerten definiert. Die Aufzählung folgt einem internationalen Standard.

Der Begriff „Investor“ wird in bezug auf die Vertragsparteien in zweierlei Weise definiert: im Falle natürlicher Personen durch die Staatsangehörigkeit, im Falle juristischer Personen usw. im Sinne einer Verbindung von Sitz- und Kontrolltheorie.

Die Definition der „Erträge“ im Absatz 3 entspricht sowohl inhaltlich als auch in der demonstrativen Aufzählung internationaler Praxis.

Der Begriff „Enteignung“ bezeichnet eine Verstaatlichung oder jede sonstige Maßnahme mit einer der Enteignung gleichkommenden Wirkung.

Artikel 2:

umfaßt sowohl die Förderung als auch den Schutz von Investitionen.

Absatz 1 enthält eine Vertragsbestimmung allgemeiner Natur. Konkrete Maßnahmen sind nicht angesprochen, vielmehr ist den Vertragsparteien bei der Gestaltung dieser Maßnahmen, unter der Bedingung der Gerechtigkeit und Billigkeit, freie Hand gelassen. Die Zulässigkeit von Investitionen wird dabei an die Gesetzgebung der jeweiligen Vertragspartei gebunden.

Absatz 2 beinhaltet die Schutzgarantie des Abkommens für Investitionen und ihre Erträge.

Artikel 3:

enthält das Prinzip der Meistbegünstigung.

Absatz 2 fixiert die Ausnahmen vom Prinzip der Meistbegünstigung (Zollunion, gemeinsamer Markt, Freihandelszone, Zugehörigkeit zu einer Wirtschaftsgemeinschaft und Grenzverkehr; Nichtanwendung auf Steuerfragen, Inländergleichbehandlung gem. Abkommen mit Drittstaaten).

Artikel 4:

behandelt Fragen der Entschädigung und ist somit als einer der wichtigsten Artikel des Abkommens anzusehen.

Die Enteignung wird darin durch Bindung an drei Bedingungen hinsichtlich ihrer Anwendbarkeit wesentlich eingegrenzt. Sie darf nur:

1. im öffentlichen Interesse,
2. unter Einhaltung eines rechtmäßigen Verfahrens und
3. gegen Bezahlung einer Entschädigung

erfolgen.

Die Entschädigungspflicht ist so formuliert, daß sie eine weitestgehende Wertsicherung und Verwertbarkeit für die betroffenen Vermögenswerte garantiert.

Absatz 1 schreibt fest, daß die Entschädigung dem realen Wert der Investition unmittelbar vor dem Zeitpunkt entsprechen muß, in dem die tatsächliche Maßnahme der Enteignung gesetzt oder die bevorstehende Enteignung bekannt wurde.

Absatz 2 bestimmt, daß Absatz 1 auch im Falle der Enteignung einer Gesellschaft Anwendung findet, an welcher ein Investor der anderen Vertragspartei Anteile besitzt.

Absatz 3 räumt dem Investor das Recht ein, die Rechtmäßigkeit der Enteignung durch die zuständigen Organe der Vertragspartei, welche die Enteignung veranlaßt hat, überprüfen zu lassen.

Absatz 4 räumt dem Investor das Recht ein, die Höhe der Entschädigung durch das zuständige Organ der enteignenden Vertragspartei oder durch ein internationales Schiedsgericht gemäß Artikel 8 dieses Abkommens überprüfen zu lassen.

Artikel 5:

bildet eine notwendige und klarstellende Ergänzung zu den vorangegangenen Artikeln, insbesondere zu den Artikeln 3 und 4, insofern er das Verfügungs- bzw. Repatriierungsrecht des Investors über alle vorher genannten Vermögenswerte durch Regelung der Überweisbarkeit von Zahlungen aus dem Hoheitsgebiet einer Vertragspartei garantiert.

Absatz 1 garantiert den freien Transfer ohne ungebührliche Verzögerung in frei konvertierbarer Währung für Zahlungen im Zusammenhang mit einer Investition, und zwar insbesondere für Investitionserträge, Rückzahlungen von Darlehen, Erlöse aus Liquidation oder Veräußerung und Entschädigung.

Absatz 2 definiert die bei Überweisungen anzuwendenden Wechselkurse.

Absatz 3 regelt die Festlegung des Wechselkurses und stellt die Angemessenheit der Bankgebühren sicher.

Artikel 6:

Da Investitionen seitens öffentlicher Stellen des Staates, dem der Investor angehört, vielfach mit Garantien ausgestattet werden, sieht dieser Artikel vor, daß der Garantiegeber in die Rechte des Garantienehmers eintreten kann, um von diesem auf ihn übergegangene Ansprüche aus dem vorliegenden Vertrag geltend zu machen.

Artikel 7:

Ergibt sich laut Absatz 1 aus einer Rechtsvorschrift einer Vertragspartei oder aus einer völkerrechtlichen Verpflichtung zwischen den Vertragsparteien eine günstigere Behandlung als sie das Abkommen vorsieht, so geht diese Regelung dem Abkommen insoweit vor, als sie günstiger ist.

Absatz 2 erlegt den Vertragsparteien die Beachtung der von ihnen übernommenen Verpflichtungen in bezug auf genehmigte Investitionen auf.

Artikel 8:

regelt die Beilegung von Meinungsverschiedenheiten aus einer Investition zwischen dem Investor einer Vertragspartei und der anderen Vertragspartei durch die Möglichkeit, bei Scheitern auf dem Verhandlungswege nach drei Monaten die Meinungsverschiedenheit auf Antrag der Vertragspartei oder des Investors der anderen Vertragspartei einem Schiedsverfahren mit drei Schiedsrichtern nach der UNCITRAL-Schiedsgerichtsordnung zu unterbreiten.

Artikel 9:

behandelt Streitigkeiten über die Auslegung und Anwendung des vorliegenden Vertrages zwischen den Vertragsparteien.

Artikel 10:

Das Abkommen ist anwendbar auf alle Investitionen, die vor dem Inkrafttreten des Abkommens getätigt wurden oder die nach seinem Inkrafttreten getätigt werden.

Artikel 11:

stipuliert die Ratifikationsbedürftigkeit. Die Abkommensdauer wird mit zehn Jahren ab dem Zeitpunkt des Inkrafttretens festgelegt und verlängert sich danach auf unbestimmte Zeit. Nach diesem Zeitpunkt ist eine Kündigung unter Einhaltung einer zwölfmonatigen Kündigungsfrist möglich.